

Zusammenfassung von:

Bacher, Frederick: Oberbürgermeister Franz Konrad. Aspekte der Verwaltungsgeschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd im Nationalsozialismus, Schwäbisch Gmünd masch. September 2019, 125 Seiten

### **1. Hintergrund**

Dr. Frederick Bacher, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Stuttgart, wurde 2015 bei Prof. Dr. Wolfram Pyta mit einer Dissertation zu „Friedrich Naumann und sein Kreis“ promoviert. Anschließend war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Drittmittelprojekten tätig, darunter auch im langfristig angelegten Grundlagen- und Forschungsprojekt „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ und erarbeitete mehrere Studien zur Geschichte des Nationalsozialismus (u.a. „LSBTQIO in Baden und Württemberg. Lebenswelten. Repression und Verfolgung im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik Deutschland“, sowie „Eigenheim für alle? Die Landeskreditanstalten in Württemberg und Baden 1924 bis 1945“). Derzeit ist er Mitarbeiter im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

Zwischen Juli 2018 und September 2019 erarbeitete Dr. Bacher auf Grundlage eines Werkvertrags ausgewählte Aspekte der Verwaltungsgeschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd im Nationalsozialismus, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Person des damaligen Oberbürgermeisters Franz Konrad lag. Die finanziellen Sondermittel in Höhe von insgesamt 15.000 EUR stellte der Gemeinderat bereit, nachdem vor einigen Jahren die Person Konrads anlässlich der Diskussionen um das Für und Wider einer Umbenennung der „Franz-Konrad-Straße“ in das öffentliche Bewusstsein gerückt war.

### **2. Zusammenfassung der Studie**

#### **2.1 1924-1934: Ortsvorsteher in Laupheim, Amtsverständnis, Verhältnis zum NS**

Dr. Bacher gliedert seine gut lesbare Arbeit, die zahlreiche relevante Quellen zur Geschichte Gmünds in der NS-Zeit aus insgesamt acht bundesdeutschen Archiven erstmals auswertet, nach einem konzisen Überblick über die verfolgten Fragestellungen und den aktuellen Stand der Forschung mit guten Gründen chronologisch, wobei der Werdegang von Franz Konrad als „roter Faden“ diene. Die für die Person Konrads und die Stadt Schwäbisch Gmünd ermittelten Ergebnisse bettet Dr. Bacher immer wieder in die überregionale Forschung ein, wodurch Gmünder Besonderheiten und Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten mit anderen Kommunen offenbar werden.

Als grundlegende Fragen formuliert der Autor (S. 10): „Das Ziel ist es, Konrads Rolle im Nationalsozialismus systematisch zu untersuchen und in einen größeren Erklärungszusammenhang einzuordnen. Die zentralen Fragen lauten daher: Wie stand Oberbürgermeister Konrad zur rassenbiologischen Weltanschauung der Nationalsozialisten? Wie war sein Verhältnis zu den staatlichen Behörden in Württemberg, die ihn im Jahre 1934 bewusst in das ‚Notstandsgebiet‘ Schwäbisch Gmünd geschickt hatten? Was hat

Konrad konkret in Schwäbisch Gmünd gemacht? Handelte er im Einklang mit der Partei? Wählte er einen nationalsozialistischen Verwaltungsstil? Präsentierte er sich in der Öffentlichkeit als glühender Nationalsozialist? Wie war sein Amtsverständnis? Gab es Besonderheiten in der Amtsführung? Am Wirken Konrads kann zudem die Frage aufgeworfen werden, wie groß der Spielraum eines Bürgermeisters während der NS-Zeit überhaupt war.“ Und weiter (S. 11): „Darüber hinaus möchte die Studie einen Beitrag zur Verwaltungsgeschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd leisten. [Es] (...) soll danach gefragt werden, wie stark die Gmünder Stadtverwaltung ‚mit Zielen der nationalsozialistischen Rassenideologie‘ konfrontiert wurde.“

Nach einer stupenden Übersicht über die persönlichen Hintergründe Konrads und seiner engen Verbindung zum Militär (S. 12-14, Kapitel I. Herkunft, Ausbildung und Beruf), wendet sich Dr. Bacher zunächst dem Wirken Konrads in Laupheim zu, wo dieser seit 1924 als Ortsvorsteher amtierte (S. 15-30, Kapitel II. Ortsvorsteher in Laupheim). Konrads Hauptaufgabe in Laupheim bestand v.a. darin, „die Wirtschaft der gebeutelten Stadt wieder auf Vordermann zu bringen“ (S. 17), wobei sein Referenzpunkt das 1918/19 untergegangene Kaiserreich war („gute, alte Zeit“), wie es für das konservative Bürgertum durchaus üblich war. Unter Konrad wurde in Laupheim viel gebaut und Investitionen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge getätigt (bezahlbarer Wohnraum und Erschließung neuer Baugebiete, Neubau von Rathaus, Schlachthaus, Turnhalle und Schwimmbad mit Warmwasser). Nach der Machtergreifung der NSDAP 1933 kam es auch in Laupheim zu antisemitischen Ausschreitungen und Boykotten, die Konrad weder aktiv unterstützte noch verhinderte; er ließ sie schlichtweg unkommentiert (S. 19). Politisch stand er als Repräsentant des konservativen Bürgertums und Katholik der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik kritisch gegenüber, wobei die Grenzen zum nationalsozialistischen Milieu gelegentlich verwischten (S. 19f., am Beispiel von Privatkapitel). Auf Initiative von Konrad wurde 1927 eine Straße nach dem aus Laupheim stammenden Juden Carl Laemmle benannt, der 1884 in die USA ausgewandert war und dort als Filmpionier zu den Mitbegründern des modernen Hollywood zählte. Bereits im Sommer 1933 wurde die Straße wieder umbenannt, da – so Konrad – „die politische Entwicklung der letzten Monate dies notwendig erscheinen lasse“ (S. 20f.).

Zum Abschluss seiner Laupheimer Zeit verfasste Konrad 1934 eine Art „Rechenschaftsbericht“ über sein Wirken. Dieser Bericht gibt zahlreiche Einblicke in den Charakter und das Weltbild Konrads (S. 21): Öffentliche Verwaltungen müssten „in eine starke Faust kommen“, weshalb er – wie viele seiner Amtsgenossen auch – eine starke Stellung von Oberbürgermeistern und Ortsvorstehern befürwortete; „‘demokratische Meinungsfindung‘ war bei kleinstädtischen Bürgermeistern unbeliebt“ (S. 24). Alle Bürger haben eigenen Interessen hinter diejenigen der Gemeinschaft zu stellen („Jeder Bürger soll die Angelegenheiten der Stadt als seine eigenen betrachten; wahrer Bürgersinn ist die erste Voraussetzung für das Gedeihen der Volksgemeinschaft“). Dr. Bacher fasst dies zusammen (S. 21): „Damit reihte sich Konrad in die Reihe derjenigen Ortsvorsteher ein, die sich während der Weimarer Republik als unpolitische und überparteiliche Fachbürgermeister präsentierten und nach 1933 ohne spürbaren Widerstand zur NSDAP wechselten. Die Formel der ‚Volksgemeinschaft‘ diente Konrad als ‚Modus der Verheißung‘ oder ‚Integration‘ der schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik von zahlreichen Politikern unterschiedlichster Couleur verwendet worden war. Eine gewisse Distanz zur westlich-liberalen Demokratie ist trotzdem nicht zu übersehen.“

In Laupheim präsentierte sich Konrad 1933 „als Anhänger Adolf Hitlers“ (S. 22) und setzte in einer „partei-konformen Rede bewusst auf die Wir-Form oder versuchte durch Begriffe aus der Zeit des Ersten Weltkriegs eine Gemeinschaft zu erzeugen“ (S. 23). Konrad trat am 01.05.1933 der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 2.922.232), im Herbst 1933 zudem der SA-Reserve. Damit war Konrad keineswegs „der einzige Zentrums-mann, der im Mai 1933 das Parteibuch der NSDAP annahm und ‚eine offene Unterwerfungshaltung‘ zeigte. Praktizierende Katholiken blieben jedoch meist in kritischer Distanz zu der rassenbiologischen Weltanschauung der Nationalsozialisten.“ (S. 25; Beispiele für Konrads Distanz in Fragen der Rassenbiologie auf S. 46).

1934 bewarb sich Konrad um die Stelle als Oberbürgermeister von Friedrichshafen, doch er unterlag wohl u.a. auch deshalb, weil gegen ihn im nationalsozialistischen Innenministerium „Nachteiliges bekannt“ war; vermutlich ging es hierbei um den Straftatbestand der ehelichen Untreue und den zugleich erhobenen Vorwurf des Meineids. Das zuständige Gericht wies die Anschuldigungen als unbegründet ab (S. 27-30).

## **2.2 Konrads Berufung nach Schwäbisch Gmünd, politisches Programm**

Anschließend befasst sich Dr. Bacher mit der Berufung Konrads nach Schwäbisch Gmünd (S. 31-44, Kapitel III. Schwäbisch Gmünd 1933/34). Hier hatte er ab Herbst 1934 auf Weisung der württembergischen Landesregierung die Nachfolge des entlassenen OB Carl Lüllig anzutreten. Noch unter OB Lüllig erfolgte die Gleichschaltung des Gmünder Gemeinderats, dem seit April 1933 22 Ratsherren angehörten (11x Zentrum, 8x NSDAP, jeweils 1x SPD, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und Christlich-Soziale). Aufgrund der sukzessiven Auflösung der Parteien, wuchs die NSDAP-Fraktion innerhalb weniger Monate durch Überläufer des Zentrums auf 16 Ratsherren an, während 6 weitere als Fraktionslose geführt wurden (S. 34; seit September 1934 waren alle Ratsherren Mitglieder der NSDAP, siehe S. 37). Bereits Lüllig hatte im Januar 1934 aufgrund der desolaten Wirtschaftsstruktur Gmünds in Stuttgart die Charakterisierung als „Notstandsgebiet“ erwirkt, mit der u.a. besondere staatliche Subventionen einhergingen (S. 35).

Konrad selbst hatte sich nach der Abberufung Lülligs nicht in Schwäbisch Gmünd beworben, sondern wurde vom Innenministerium ins Spiel gebracht (S. 39). Hierbei und noch später konnte Konrad auf gute persönliche Kontakte zu Staatssekretär Waldmann zurückgreifen, der sehr eng mit Reichsstatthalter Murr zusammenarbeitete (S. 39-42, und bes. 56f.). Die NSDAP-Fraktion im Gmünder Gemeinderat war zunächst reserviert, da sie in Konrad keinen überzeugten Nationalsozialisten sahen (S. 39). Für das Innenministerium ausschlaggebend waren bei der Berufung Konrads zwei Aspekte: 1.) Konrad hatte bereits in Laupheim gezeigt, dass er einer Verwaltung vorzustehen vermag und 2.) auf wirtschaftlichem Gebiet den Beweis geführt hatte, eine Kommune aus einer lange anhaltenden Krise zu führen zu können (S. 40). Leitlinie für die Beurteilung Konrads als Verwaltungsvorstand waren die im 19. Jahrhundert entstandenen Verwaltungspraktiken ausgebildeter Karrierebeamte, darunter „sachgerechte Anordnung und leidenschaftslosen Vollzug“ (S. 41).

Das politische Programm Konrads folgte dem Ideal „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, was sich in dieser Form auch im Parteiprogramm der NSDAP wiederfindet. Dieses Ideal postulierte Konrad als Gmünder OB regelmäßig auch unter Rückgriff auf NS-Vokabular, doch „auf rassenbiologisches Terrain begab sich Konrad (...) nicht. Er betonte in erster Linie die sogenannte ‚Volksgemeinschaft‘“ (S. 43f.; auch S. 46-51). Weitere politische Positionen Konrads lassen sich im konservativen Bürgertum verorten, das von militärischen Idealen, einer Revision des Versailler Vertrags von 1919, Nationalstolz und eine Distanz zu den Parteikämpfen der Weimarer Republik geprägt war; „rassenbiologisch untermauert“ waren Konrads Reden hingegen nicht (S. 45f.). Konrad führte sein Verständnis von „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ 1936 wie folgt aus: „Die erste Richtlinie für Sie heißt: ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘, seien Sie der Bevölkerung gegenüber stets hilfsbereit, höflich und entgegenkommend, wenn es nötig ist aber auch fest und unbeugsam. Bemühen Sie sich unaufhörlich, mit dem praktischen Leben Fühlung zu halten, leben Sie mit allen Schichten des Volkes. Wir brauchen auf den Beamtenstellen Persönlichkeiten, keine Bürokraten“ (S. 51).

Die neue, nationalsozialistische Kommunalverfassung (DGO v. 30.01.1935) übertrug das „Führer-Prinzip“ auf die Gemeinden, wodurch den Ortsvorstehern große Vollmachten eingeräumt wurden („Führerprinzip. Verantwortung nach oben, Vertrauen von unten“, S. 49); die eh schon seit April 1933 gleichgeschalteten Gemeinderäte schieden als Kontrollorgan aus, da sie durchgängig mit NSDAP-Mitgliedern besetzt waren. „Mit- oder Gegenspieler im lokalen Machtgefüge waren im Nationalsozialismus nicht mehr die Gemeinderatsmitglieder, sondern allein die Organe der Partei. Dieser neue Dualis-

mus zwischen Oberbürgermeister und Kreisleiter der NSDAP führte vor allem auf dem Gebiet der ‚Menschenführung‘ immer wieder zu Reibereien“ (S. 50). Und weiter: „Für Konrad war der Bürgermeister immer auch eine Person des Ausgleichs, der die parteipolitischen Gegensätze durch seine besondere Stellung beseitigen konnte. Dieses Denken war typisch für das Politikverständnis württembergischer Kleinstadtbürgermeister der damaligen Zeit“ (S. 46).

### **2.3 Wirtschaftspolitik und Industrieansiedlung**

Bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt begann Konrad damit, die Wirtschaftsstruktur Schwäbisch Gmünds auf eine breitere Grundlage zu stellen (Kapitel V. Neue Arbeitsplätze und neue Waffen. Das Wirtschaftswunder“ in Schwäbisch Gmünd“, S. 52-69). Innerhalb kurzer Zeit gelang Konrad – auch aufgrund seiner exzellenten Kontakte nach Stuttgart und Berlin – die Ansiedlung neuer Industrien (v.a. Zweigwerk der Aluminiumfabrik Schenk, Außenstelle der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, Glühlampenfabrik Gladitz, Schuhfabrik Martin Jetter, Herrenmäntelfabrik Zapp). Die Vorgehensweise der Stadt unter Konrad war dabei immer gleich: Billiges Bauland, Bemühen um ein niedrig verzinstes Darlehen aus Stuttgart oder Berlin, ggf. Steuerbefreiung oder –begünstigung sowie stark vergünstigte Abgaben von Wasser, Strom und Gas durch die Stadtwerke (S. 54f.). Die guten Kontakte, die Konrad zum Kriegs- und Reichsluftfahrtministerium in Berlin pflegte, nutzte er ausgiebig zur Ansiedlung neuer Industrien, wohlwissend, dass diese v.a. der Aufrüstung dienten – doch für die Produktion von Kriegsgerät „flossen gesonderte Fördermittel“ (S. 55). Gleiches gilt auch für den Ausbau der Garnison Schwäbisch Gmünd (1937: Einweihung der Hardtkaserne). Gerade für den begeisterten Offizier Konrad hatte das Militär einen besonderen Stellenwert (S. 59).

### **2.4 Personalfragen und Verwaltungspraxis**

Aufgrund der polykratischen Herrschaftsstruktur traten „das Nebeneinander von konkurrierenden Herrschaftsinstitutionen am deutlichsten in den Figuren des Kreisleiters und des Oberbürgermeisters in Erscheinung. Das Nebeneinander von örtlichen Parteiorganisationen und Gemeindeverwaltung bestimmte im Nationalsozialismus regelrecht den alltäglichen Verwaltungsablauf einer Stadt“, so auch in Schwäbisch Gmünd (S. 70). Diese Konkurrenz konnte sich u.a. an Personalentscheidungen entzünden, da alle Kandidaten ein „politisches Zeugnis“ benötigten, dessen Ausstellung dem Kreisleiter oblag, doch eine Weisungsbefugnis gegenüber staatlichen Stellen übten sie nicht aus (S. 72f.). Kreisleiter Oppenländer und OB Konrad gerieten mehrfach heftig aneinander, sodass sogar Reichsstatthalter Murr in Stuttgart zwischen beiden schlichtete (S. 73f.). Dass Konrad nicht abberufen wurde, lag letztlich daran, dass Konrad als „hauptamtlicher fachmännisch vorgebildeter Bürgermeister“, als „Verwaltungsfachmann“ gebraucht wurde, während ein weiterer Ideologe an der Spitze des Gmünder Rathauses nicht gewünscht wurde. Konrad „war damit einer der wenigen ‚Fachbürgermeister‘, die während des Krieges ihren Posten behielten“ (S. 74), gleichwohl öffentlich aufgrund der zahlreichen Abberufungen bereits über „Wandergewerbescheine der Bürgermeister“ gewitzelt wurde (S. 74). „Doch weil Konrad zahlreiche Erfolge vorweisen konnte, hatte er die württembergische Landesregierung auf seiner Seite“ (S. 74).

In der Stadtverwaltung nahm nach Franz Konrad, der 1939 zur Marine eingezogen wurde und fast den gesamten Krieg dort verbrachte, insbesondere Erwin Ruisinger als Stadtkämmerer eine Schlüsselstellung ein (Josef Huber und Karl Barth, die offiziell Konrads Stellvertreter waren, waren im Alltag hierfür nicht geeignet) (S. 76-84, bes. 78).

Zwischen einzelnen städtischen Beamten und den Ratsherren der NSDAP kam es gelegentlich zu offen ausgetragenen Konflikten, wie 1936/37 zwischen Ratsherrn Johann Sannwald und Stadtbaurat Dr. Maximilian Schneider. Eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderats verlangte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Schneider und kündigte offiziell die bisherige Zusammenarbeit auf. „Franz Konrad stellte sich jedoch hinter seinen Mitarbeiter, indem er nichts tat. Es blieb daher alles beim Alten: Schneider blieb Baurat. Er nahm lediglich nicht mehr an den Gemeinderatssitzungen

teil“ (S. 79f.). Auch Konrad sah sich im Sommer 1939 selbst mit einer Vielzahl „unberechtigter Angriffe, auch aus dem Kreise von Parteigenossen“ konfrontiert, doch „der Fachbürgermeister wusste sowohl das nationalsozialistische Stuttgart als auch die Rüstungsindustrie auf seiner Seite“ (S. 82-84).

## **2.5 NS-Ideologie und Weltanschauung**

Regelmäßig trat die NSDAP – vorgetragen durch die Ratsherren, den Kreisleiter oder eine andere Parteiorganisation – an Konrad heran und forderte finanzielle Ressourcen, um die NS-Ideologie in der Stadt zu stärken (Kapitel VII. Nationalsozialistische Weltanschauung, S. 85-93). Konrad reagierte auf derartige Forderungen im Regelfall zurückhaltend, jedoch nicht, weil er gegen die Ideologie opponierte, sondern weil es ihm „vielmehr um einen sparsamen Umgang der öffentlichen Mittel“ ging (S. 86).

Andererseits tangierte die NS-Ideologie zahlreiche Facetten der kommunalen Verwaltungspraxis. Dr. Bacher verdeutlicht dies an der Arbeit des Standesamtes, dem nicht nur die Ausstellung von Ariernachweisen oblag, sondern auch die Erstellung von Sippenafeln. Hier konnten auch zinsgünstige Ehestandsdarlehen beantragt werden, doch mussten die Bewerber politisch zuverlässig und rassisch gesund sein. Die Prüfung und Bescheidung oblag der Stadtverwaltung, doch die Kreisleitung war bei den Gutachten involviert, damit es nicht zu einer Gewährung an Andersdenkende kommen sollte. Das Standesamt „hielt sich bei diesen Fällen an die Empfehlungen der Partei und an die Vorgaben des kommunalen Gesundheitsamtes. Oberste Bewilligungsbehörde für die Auszahlung der Darlehen war wiederum das Finanzamt Gmünd, das dem württembergischen Finanzministerium unterstellt war“ (S. 88f.).

Auch im Bereich der Schulpolitik unterstützte die Verwaltungsspitze die Abschaffung von Bekenntnisschulen und die Einführung der „Deutschen Volksschule“; auch Konrad sprach sich für diesen neuen Schultypus aus (S. 89), den 1936 bereits 80 % der schulpflichtigen Kinder besuchten. Als Ersatz für den Religionsunterricht wurde der „Weltanschauliche Unterricht“ eingeführt, der die NS-Ideologie direkt in die Schulen trug. Kreisleiter Oppenländer beschwerte sich regelmäßig, dass Kinder von städtischen Beamten und Angestellten dieses neue Fach nicht besuchten und forderte Konrad auf, Druck auf die Eltern auszuüben. Doch Konrad versucht die Sache zu verschleppen, indem er Oppenländer antwortete: „Es ist notwendig, dass jeder einzelne Fall untersucht und behandelt wird. Dazu habe ich im Augenblick keine Zeit“ (S. 90).

Dr. Bacher kommt zu folgendem Schluss: „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Konrad die Interessen der Stadt über diejenigen der Partei stellte. Konrad ging es bei seiner Kritik jedoch weniger um die Sache als vielmehr um das Geld, das er unter allen Umständen zusammenhalten wollte. (...) Zudem brachten die finanziellen Forderungen von Seiten der Partei auch die Haushalte anderer Städte durcheinander. Eine dezidiert ablehnende Haltung der öffentlich-rechtlichen Stellen gegenüber der Finanzpolitik der Partei war also nicht nur in Schwäbisch Gmünd anzutreffen“ (S. 93).

## **2.6 Konrad im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit**

Franz Konrad war zwischen September 1939 und Januar 1943 mit nur kürzeren Unterbrechungen Kriegsteilnehmer bei einer Marine-Abteilung und wurde zum Korvettenkapitän der Reserve befördert (Kapitel VIII. Der Zweite Weltkrieg 1939-1945, S. 94-107, bes. S. 94-101). Konrad war ein „passionierter Soldat“ (S. 95), der „unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes und des Alters“ erst Anfang 1943 aus dem aktiven Kriegsdienst entlassen wurde (S. 95).

In Schwäbisch Gmünd wurde Konrad offiziell von Karl Barth vertreten, doch dieser war mit seiner Arbeit bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt derart überfordert, dass er tagelang nicht auf dem Rathaus erschien. Zweiter Stellvertreter war der Kaminfegermeister Josef Huber, der ein starkes Alkoholproblem hatte, und – als einziger verwaltungstechnischer Fachbeamte – Stadtkämmerer Ruisinger (S. 95f.). Ruisinger war aus diesem Grund „unabkömmlich“ gestellt, was er sehr bedauerte. Für die Zeit nach

einem Endsieg sah er seine Aufstiegschancen schwinden, falls er nicht aktiv in das Kriegsgeschehen eingegriffen haben würde („Wenn ich den Wunsch habe, zur Wehrmacht zu kommen, damit ich das Minus-Vorzeichen, das mir heute als Nicht-Soldat anhaftet, wegbekomme, besonders um nach dem Krieg als Beamter in leitender Stellung einer Garnisonsstadt auch wieder als vollwertiger Mensch zu gelten“, S. 99); 1942 wurde Ruisinger schließlich auf eigenen Wunsch hin eingezogen (S. 98f.).

OB Konrad verbrachte seinen Militäurlaub im Regelfall in Gmünd und nahm in dieser Zeit die Amtsgeschäfte selbst wahr, zudem regierte er nicht selten von außerhalb mit Verfügungen weiter (S. 95f.). Nach Konrads Entlassung aus dem Marinedienst hielt er sich 1943/44 mehrere Monate lang zur Kur in Bad Wörishofen auf; in privater Hinsicht verstarb seine erste Ehefrau 1941, erst 1943 heiratete er erneut.

Insgesamt zeigt sich auch im Agieren Konrads während des Krieges die Eigenschaft „gewohnt sachlich vorgetragener Reden“, während etwa Oppenländer mit zunehmender Kriegsdauer immer fanatischer wurde (S. 100). An der Ausgrenzung und Deportation von Gmünder Juden beteiligte sich Konrad nicht aktiv, sondern schwieg. Kreisleiter Oppenländer fasste dies nach dem Krieg folgendermaßen zusammen: „Konrad hat sich bei den ‚Judenaktionen‘ nicht beteiligt, hat sich aber auch niemals bei mir gegen diese eingesetzt. Er hat sich überhaupt bei meiner Dienststelle niemals für politisch Verfolgte eingesetzt“ (S. 104). Laut Dr. Bacher war „Konrads Verhalten keine Ausnahme“ (S. 104). Lediglich bei Maßnahmen der Partei, die gegen die Katholische Kirche gerichtet waren, bezog Konrad eine aktivere Position (Bsp. auf S. 104f.).

1944 suchte Konrad aufgrund seines Gesundheitszustandes um Versetzung in den Ruhestand nach; die obligatorische amtsärztliche Untersuchung attestierte ihm: „er verbraucht und dienstunfähig“ (S. 106). Dr. Bacher hält es daher für eher „unwahrscheinlich, dass es ein geschickter Schachzug von Konrad war, sich kurz vor Kriegsende pensionieren zu lassen“ (S. 106).

1948 bewarb sich Konrad als parteiunabhängiger Kandidat erneut um das Amt des Oberbürgermeisters und wurde mit 2/3-Mehrheit gewählt. Aufgrund einer Intervention der US-amerikanischen Militärverwaltung durfte er das Amt jedoch nicht antreten. Während des Wahlkampfes kam es zu antisemitischen Ausfällen und nach der erfolgreichen Wahl wurde das verbotene Horst-Wessel-Lied (i.e. Lied der SA) in den Straßen der Stadt gesungen. Ein Sonderprüfungsausschuss überprüfte öffentlich die beiden Spruchkammerverfahren Konrads und ordnete ein drittes Spruchkammerverfahren an. 1953/54 versuchte Konrad schließlich vergeblich, eine finanzielle Entschädigung für dieses „Unrecht“ zu erhalten, da er wegen des US-Verbots geringere Pensionsansprüche habe (S. 110). 1954 wurde Konrad schließlich erneut zum OB gewählt, trat jedoch 1956 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig zurück und verstarb kurze Zeit später (S. 110f.).

An einer Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit hatte weder die Stadtverwaltung noch der Gemeinderat in den 1950er Jahren ein Interesse, wie etwa an der Ablehnung einer gesonderten Gedenkveranstaltung für die jüdischen NS-Opfer im Jahr 1955 deutlich wird (S. 111-113).

## **2.7 Fazit**

Dr. Bacher konstatiert, dass „Konrad ein überaus begabter und tüchtiger Verwaltungsbeamter“ war, der zunächst in Laupheim und später in Schwäbisch Gmünd von sich Reden machte (S. 114f.). Unter ihm „ließen sich gleich mehrere umsatzstarke Unternehmen (...) nieder. Der abrupte Rückgang der Arbeitslosigkeit kam einem regelrechten ‚Wirtschaftswunder‘ gleich“.

Ideologisch war Konrad „im Unterschied zum Kreisleiter Hermann Oppenländer kein Scharfmacher, der Menschen, die nicht in sein ideologisches Weltbild passten, töten ließ. Ebenfalls konnten keine Zeugnisse für radikalen Rassenantisemitismus gefunden werden. Gleichwohl war er als Vorsteher einer Gemeinde in die Strukturen des Natio-

nalsozialismus eingebunden, auch wenn dies nach 1945 nur wenige so sehen wollten. Denn er arbeitete der Rüstungsindustrie, der Wehrmacht und den Regierungen in Berlin und Stuttgart mit einem sachlichen und gouvernementalen Verwaltungsstil mehrere Jahre ‚erfolgreich‘ entgegen. (...) Konrads Verhalten ähnelte somit dem vieler anderer württembergischer Landesbeamter, die unter den neuen Machthabern ihren Dienst weiter nach Vorschrift verrichteten. (...) Sein Verständnis von Demokratie war nicht deckungsgleich mit der Demokratie nach westlichem Muster.“

Und weiter (S. 115): „Wer wie Franz Konrad im Nationalsozialismus Karriere machen wollte, kam um Kompromisse mit dem System nicht herum. Zu konzedieren ist ihm allenfalls ein partieller Abstand zum Gebaren der nationalsozialistischen Partei in Schwäbisch Gmünd, der jedoch hauptsächlich in einem Dafürhalten für die Institution ‚Verwaltung‘ begründet war. Akte des Widerstands und der Zivilcourage sind nicht bekannt. Insofern war er in den Augen der württembergischen Landesregierung wahrscheinlich in der Tat eine Idealbesetzung.“

Nach 1945 half Konrad sein Streit mit Kreisleiter Hermann Oppenländer dabei, sich als reinen Technokraten und Verwaltungsfachmann zu präsentieren. Viele Menschen sehnten sich zudem inmitten der deutschen Trümmerlandschaft und den vielen materiellen und geistigen Zerstörungen nach der alten heilen Welt. Genau dafür aber stand Konrad ein, dessen Person untrennbar mit der wirtschaftlichen Gesundung Schwäbisch Gmünds im Nationalsozialismus verbunden war. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand man aber vor einer gänzlich neuen Wiederaufbauherausforderung. Heute ist es an der Zeit, seine Figur zu historisieren. Sie eignet sich nicht für Heldenstücke, sondern ist selbst Teil eines dunklen Kapitels der Geschichte der Stadtverwaltung von Schwäbisch Gmünd.“

Eine Übersicht über die von Dr. Bacher ausgewerteten Archivbestände (S. 116f.: acht Archive mit 27 Einzelbeständen) sowie der herangezogenen Forschungsliteratur (S. 119-125, ca. mehr als 100 Titel) bilden den Abschluss der Studie.

## **2.8 Gliederung der Studie**

	<i>Kapitel</i>	<i>Seite</i>
	Prolog	1
	Fragestellung und Forschungsstand	9
I.	Herkunft, Ausbildung und Beruf	12
II.	Ortsvorsteher in Laupheim	15
II.1	Laupheim in der Weimarer Republik	15
II.2	Laupheim im Nationalsozialismus	22
III	Schwäbisch Gmünd 1933/34	31
III.1	Schwäbisch Gmünd unter Oberbürgermeister Carl Lüllig	31
III.2	Konrads Berufung ins Notstandsgebiet Schwäbisch Gmünd	38
IV.	Die städtische Volksgemeinschaft: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“	45
V.	Neue Arbeitsplätze und neue Waffen. Das „Wirtschaftswunder“ in Schwäbisch Gmünd	52
V.1	Die Ansiedlung der Rüstungsindustrie im Notstandsgebiet Gmünd	52
V.2	„Arisierung“ jüdischer Betriebe	62
VI.	Personalfragen	70
VI.1	Kreisleiter vs. Oberbürgermeister	70
VI.2	Ratsherren und städtisches Personal	76
VII.	Nationalsozialistische Weltanschauungen	85
VIII.	Der Zweite Weltkrieg 1939–1945	94
VIII.1	Konrad beim Militär	94
VIII.2	Die Vertreibung der Juden aus Gmünd	102
IX	Nachkriegszeit	108
	Fazit	114

Bestands- und Literaturverzeichnis	116
Archivalien	116
Periodika	118
Literaturverzeichnis	119

### **3. Weiteres Vorgehen**

Im Kalenderjahr 2020 ist eine Publikation der Arbeit in der Schriftenreihe des Stadtarchivs vorgesehen.